

Von der Anspruchs- zur Leistungsgesellschaft

WR-Masterplan 2005 bis 2009

Zehn Thesen für eine Wende: Deutschland nimmt wieder Kurs auf

- Berlin im Juni 2005 -

Präambel:

Deutschland ist wirtschaftlich stark. Aber eine falsche Politik verhindert, dass es seine Stärke in Wohlstand umzusetzen vermag. Mit dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft verfügt es über einen verlässlichen Kompass: Freiheit statt Gleichheit, Wettbewerb statt Regulierung, Aufbruch statt Verzagtheit, Bürgerverantwortung statt Bevormundung. Die Politik dagegen weckte Ansprüche, ohne sie seriös zu finanzieren und zementierte Besitzstände, ohne die Chance des Wandels wahrzunehmen. So blieb der verteilbare Wohlstand über Jahre hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Von der Anspruchs- in die Leistungsgesellschaft zurückzufinden, garantiert keine raschen, wohl aber verlässliche Wohlstandsgewinne. Niemand sollte sich über die Langfristigkeit eines zuweilen schmerzhaften Reformprozesses täuschen. Wenn aber die Schnittstelle zwischen Staat und mündigem Bürger neu gezogen wird, können alle Bürger von der Reformdividende profitieren.

Statt polemisch über Kapitalismus, Globalisierung oder Neoliberalismus herzufallen und dabei Investoren zu verschrecken, muss alles, was Wachstum und Arbeitsplätze schafft, wieder Vorrang erhalten. Das größte soziale Unrecht besteht darin, mehr als fünf Millionen Menschen von einem selbstbestimmten Erwerbsleben auszuschließen. Es ist töricht, einen Produktionsfaktor zu verunglimpfen, den man dringend benötigt: Kapital.

Zukunftsfähig wird ein Land nur, wenn seine Bürger ihr Vertrauen in die Politik zurückgewinnen. Klare Vorgaben ohne windige Verheißungen begründen dieses Vertrauen. Für die Rückkehr Deutschlands zu den erfolgreichsten Industrienationen der Welt legt der Wirtschaftsrat seinen Masterplan vor.

1. Mehr Arbeit für mehr Netto

Eine erstarrte Umverteilungspolitik verzichtet auf die Leistung und die Kreativität von mehr als fünf Millionen Mitbürgern und grenzt sie aus. Es ist an der Zeit, dafür zu sorgen, dass aus dieser sozialen Krise keine Katastrophe wird. Die Tarifpolitik ist zu flexibilisieren, der Arbeitsmarkt zu entfesseln, die Lohnnebenkosten beherzt zu senken. Es ist ein ökonomischer Treppenwitz, wenn ein Maurer fünf Stunden arbeiten muss, um sich auch nur eine einzige Elektriikerstunde leisten zu können. Wer Nichtarbeit höher entlohnt als Arbeit, zerstört das Leistungsprinzip und lädt zur Schwarzarbeit ein. Warum sollen mündige Belegschaften nicht darüber entscheiden dürfen, ob ihnen ihr Arbeitsplatz wichtiger ist als einige Lohnprozente?

Den Arbeitslohn zum Packesel des Sozialstaates zu machen, war ein historischer Fehler. Er muss korrigiert werden, indem man die Sozialabgaben weitgehend vom Lohn abkoppelt. Der Keil zwischen Brutto- und Nettoeinkommen erreicht bei uns fast 60 Prozent der Arbeitskosten. Ein zu niedriger Nettolohn demotiviert Arbeitnehmer wie Betriebe. Er verführt zu Ausweichmanövern und Schwarzarbeit.

Gesetzliche Mindestlöhne sind ein Irrweg. Zum einen stellt das Arbeitslosengeld II bereits einen faktischen Mindestlohn dar, zum anderen hebt sich damit die Tarifpolitik aus. Zielführend ist ebenso wenig, den deutschen Arbeitsmarkt gegen Wettbewerb abzuschotten. Der Wirtschaftsrat fordert, die Löhne stärker an der Qualifikation der Arbeitskräfte zu orientieren und Arbeitsanreize für Geringqualifizierte zu erhöhen.

- Die Tarifverträge sind zu öffnen und das Günstigkeitsprinzip so zu ändern, dass es Arbeitsplätze sichern hilft. Den Niedriglohnsektor zu nutzen, dient vor allem jenen rund 50 Prozent Arbeitslosen, die nicht oder nicht ausreichend qualifiziert sind.
- Betriebliche Bündnisse für Arbeit ohne ein Vetorecht der Gewerkschaften sorgen dafür, dass sich die Gewerkschaften nicht mehr gegen die Interessen der Belegschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze querstellen können.
- Der gesetzliche Kündigungsschutz gehört für alle Neueinstellungen abgeschafft, unabhängig von der Unternehmensgröße.

Ein Fehler war es auch, die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen nicht generell den Kommunen zu überlassen. Der zentralistische Denkansatz der Bundesagentur für Arbeit verstößt gegen die Subsidiarität. Wenn sie sich auf die Arbeitslosenversicherung konzentrierte, könnte sie mit dem halben Personal auskommen. Dann ließe sich auch der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung mittelfristig von 6,5 auf 3 Prozent senken.

2. Leere Wiegen – volle Altersheime

Dieses Land sieht sich in einem historisch einmaligen Alterungsprozess. Es verweigert sich den Kindern und vergreist – eine besondere Herausforderung für die Sozialpolitik. Von der Vision einer staatlichen Rundumversorgung mit Lebensstandardsicherung gilt es Abschied zu nehmen. Die maroden Sozialsysteme zu sanieren bedeutet: Drosseln der Umlagefinanzierung und zügiger Aufbau einer Kapitalvorsorge. Für die Risiken des Alters, der Gesundheit und der Pflege muss der Bürger schrittweise in die Eigenverantwortung hineinwachsen. Wer sein Auto versichert, kann zwischen Haftpflicht, Voll- und Teilkasko mit oder ohne Selbstbeteiligung wählen. Was für des Bürgers angeblich liebstes Kind – das Auto – gilt, wäre auch für sein kostbarstes Gut – die Gesundheit – der Königsweg.

Der Wirtschaftsrat setzt sich deshalb dafür ein, dass die Bürger wieder mehr Geld zur freien Verfügung in der Tasche haben, um besser individuell vorsorgen zu können. Eine Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung nach dem Prinzip „Jung zahlt für Alt“ ist gescheitert. Mit der kollektiven Bürgerversicherung sollen die Bürger lediglich in die marode Umlagefinanzierung gelockt werden. Stattdessen benötigen wir mehr Kapitaldeckung, mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb.

- Ein Prämiensystem bei Gesundheit und Pflege ist der Bürgerversicherung überlegen. Der soziale Ausgleich für Einkommensschwache und Familien mit Kindern wird dort gewährleistet, wo er hingehört: über die Steuern.
- Die Konzentration der Krankenversicherungspflicht auf alle größeren Gesundheitsrisiken gibt den Bürgern das Recht zurück, über die Art und den zusätzlich gewünschten Gesundheitsschutz selbst zu bestimmen.
- Die Festbetragsregelung für patentgeschützte Medikamente ist standortfeindlich, weil sie die Innovationskraft des Gesundheitssystems gefährdet. Sie gehört deshalb gekappt.
- Wenn die Altersversorgung zu etwa 40 Prozent durch Kapital gedeckt ist, gewinnt sie Verlässlichkeit zurück. Ferner plädiert der Wirtschaftsrat dafür, schrittweise in die abschlagsfreie Rente mit 67 Jahren einzusteigen.

3. Staatliche Omnipotenz und Schulden drosseln

Die Verschuldung des Staates hat sich in den letzten drei Jahrzehnten verzwanzigfacht, auf heute mehr als 1,4 Billionen Euro. Weil er sich nicht wie ein umsichtiger Hausvater an den Einnahmen, sondern an den wünschbaren Ausgaben, an der Verheißung ausrichtet, steckt er in der Schuldenfalle. Diese Sorglosigkeit im Umgang mit der Zukunft verstößt eklatant gegen das Prinzip der Nachhaltigkeit. Weil sich die Tagespolitik als unfähig erwies, den drohenden Bankrott abzuwenden, muss die Verfassung eine wirksame Obergrenze fixieren. Mit einem kraftvollen, föderal abgesicherten Pakt ist bis 2010 die schrittweise Rückkehr zu ausgeglichen Haushalten zu garantieren. Eine nationale Anstrengung ist auch nötig, um den gewucherten Paragraphendschubel zu lichten – nicht wie bisher mit der Nagelschere, sondern mit der Axt. Der Staat maßt sich eine Fülle von Aufgaben an, die Sache der Bürger sind. Die Staatsquote wieder unter 40 Prozent zu drücken, auch durch Privatisierung und Subventionsabbau, beschert Wachstumsgewinne.

Die Rückkehr zu gesunden Staatsfinanzen ist zwingende Voraussetzung für eine neue Wachstums- und Beschäftigungsdynamik. Alle Länder, die in den letzten Jahrzehnten ihre Staatsquote und die öffentliche Schuldenlast nachhaltig reduzierten, gehören heute zu den Wachstumsgewinnern. Deshalb hat der Wirtschaftsrat eine nachhaltige Initiative für den Paradigmenwechsel der Finanzpolitik gestartet und skizziert folgenden Weg zur Haushaltssanierung:

- Die Neuverschuldung soll bei Bund, Ländern und Gemeinden bis 2010 auf null gedrosselt werden. Schwerpunkte sind dabei Subventionsabbau und Privatisierungen.
- In den Artikel 115 des Grundgesetzes ist ein Zwang zum Haushaltsausgleich aufzunehmen. Nach dem Vorbild der „Schweizer Schuldenbremse“ hätte eine wachstumsfreundliche und nachhaltige Finanzpolitik dann für alle Gebietskörperschaften Verfassungsrang.
- Ein nationaler Stabilitätspakt sollte die gemeinsame Verantwortung aller Gebietskörperschaften für den Schuldenabbau festschreiben.
- Die Staatsquote ist auf weniger als 40 Prozent zu beschneiden.

Nachdem eine unverantwortliche Schuldenpolitik den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts aushebelte, sollte Deutschland so rasch wie möglich dessen Disziplin wiederherstellen. Ein finanzpolitisches Frühwarnsystem sowie eine unabhängige Bewertung der EU-Finanzen können diesen Prozess intensivieren.

4. Mit einer Großen Reform das Steuerchaos beenden

Das deutsche Steuerrecht ist chaotisch. Es bestraft die Leistung, belohnt die Trickser und bremst mögliches Wachstum aus. Das fiskalische Flickwerk ist – weil irreparabel - endlich durch eine Große Steuerreform zu ersetzen. Um die Sätze kräftig zu senken, sind alle Privilegien und Abzugsbeträge abzuschaffen. Damit wären zugleich 163 Steuerschlupflöcher geschlossen. Die Ungleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften ist zu beenden. Die Steuerlast der Unternehmen muss unter 30 Prozent sinken, die Gewerbesteuer ist abzuschaffen. Kapitalerträge sollen mit einer Abgeltungssteuer von 24 Prozent erfasst werden.

Wichtig für ein transparentes und international wieder wettbewerbsfähiges Steuerrecht sind

- Senkung der tatsächlichen Unternehmenssteuerlast auf unter 30 Prozent,
- Ersatz der Gewerbesteuer durch ein kommunales Hebesatzrecht bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer,
- Wegfall der Erbschaftsteuer, wenn der Betrieb von den Erben mindestens zehn Jahre fortgeführt wird,
- eine Abgeltungssteuer für Kapitalerträge von einheitlich 24 Prozent auf Zinsen, halbe Dividenden und Veräußerungsgewinne sowie
- die weitest gehende Streichung von Subventionen, Pauschal- und Ausnahmeregelungen.

Der Staat muss davon ablassen, mit Steuern das Verhalten der Bürger lenken zu wollen. Im übrigen sollte die Vision nicht aufgegeben werden, dass jedermann seine Steuerklärung auf einem Bogen Papier auch ohne Expertenrat leicht bewältigen kann.

Die immer wieder aufflammende Debatte um eine Mehrwertsteuererhöhung hält der Wirtschaftsrat für kontraproduktiv. Sie ist frühestens im Rahmen einer Großen Steuerreform angezeigt, bei der die direkten Steuern gesenkt werden. Eine isolierte Erhöhung der Mehrwertsteuer unter dem Vorwand, mit dem Geld würden die Soziallasten verringert, hält der Wirtschaftsrat für eine Mogelpackung. Denn die maroden Sozialsysteme brauchen kein frisches Geld, sondern zunächst frische Reformen.

5. Investitionsblockaden auflösen

In Deutschland wird der Investitionsstau allein im Verkehrsbereich auf rund 60 Milliarden Euro geschätzt. Da die hochverschuldeten öffentlichen Hände weitgehend ausfallen, um diese Wachstumsquellen zu erschließen, bietet sich die Kooperation mit der Wirtschaft an. Diese Public Private Partnership (PPP) steckt hierzulande leider noch in den Kinderschuhen. Sie bietet sich vor allem für Investitionen im Verkehr, im Umweltschutz, aber auch für kommunale und bürgernahe Projekte an. Eine föderale Initiative von Bund, Ländern und Gemeinden sollte diese beträchtliche Nachfragereserve erschließen.

Leistungsfähige Logistik- und Transportdienstleistungen gehören im Europäischen Binnenmarkt zu den wichtigsten Support-Sektoren unserer Industrie. Für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur fehlen dagegen zwischen 1997 und 2015 rund 60 Milliarden Euro. Diese Investitionslücken kann sich Deutschland als Drehkreuz Europas nicht länger leisten. Eine zukunftsweisende Mobilitätsstrategie verlangt einen Investitionsschub bei der Verkehrsinfrastruktur durch mehr Public-Private-Partnership und einen solide gegenfinanzierten Bundesverkehrswegeplan. Notwendig sind:

- Mehr Tempo und Wirtschaftlichkeit sowie eine konsequente Bedarfsorientierung bei Bau, Instandhaltung und Modernisierung von Verkehrswegen,
- mehr Wettbewerb im europäischen Schienenverkehr durch Ausbau gemeinsamer Bahnnetze, flankiert von einer zügigen Privatisierung der Deutsche Bahn AG,
- der internationale Abbau von Subventionen für Fluglinien; eine Kerosinsteuer würde den Wettbewerb verzerren.
- Die Kapazitätsengpässe bei den Seehäfen sind zu beseitigen, ihr Hinterland besser anzubinden.

6. Innovationskompetenz zurückgewinnen

Die Verbesserung der Innovationskompetenz erfordert vor allem, neue Technologie rascher als bisher zur Marktreife zu führen. Unsere Unternehmen sind Schrittmacher des technischen Fortschritts, werden aber durch Ideologien und Bürokratien ausgebremst. Gleiches gilt für moderne Verfahren der Energie-, Gen- und Biotechnologie, die von grün-ökologischer Folklore bisher blockiert wurden.

Deswegen:

- sollte der Staat konkrete Projekte statt anonymer Institutionen fördern, sich auf Wachstumskerne und regionale Cluster konzentrieren, statt mit der Gießkanne zu subventionieren,
- muss die weitere Abwanderung von Biotech-Unternehmen verhindert und das Gentechnikgesetz schnellstens neu geschrieben werden,
- sind die Innovationsblockaden bei Kernenergie, Gendiagnostik, Pharma und Stammzellenforschung aufzulösen,
- ist der Wettbewerb in den Breitband-Technologien zu forcieren und
- bis 2008 sollten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf drei Prozent des BIP erhöht werden.

Jungunternehmer brauchen einen leichteren Zugang zu Venture und Equity Capital. Die Anhebung der steuerlichen Wesentlichkeitsgrenze für Unternehmensbeteiligungen von einem auf 25 Prozent wäre ein erster wichtiger Impuls, um mehr Risikokapital an den Standort Deutschland zu binden. Auch deshalb war die „Heuschrecken-Debatte“ standortgefährdend.

7. Mit neuer Energiepolitik Standort Deutschland verbessern

Rekordhohe Energiekosten behindern den Konsum und stellen für die Industrie ein schweres Handicap im Wettbewerb dar. Energiepolitik muss deshalb wieder als Standortpolitik begriffen werden. Die Märkte für Strom und Gas bedürfen eines lebhafteren Wettbewerbs. Ein leistungsfähiger Energiemix enthält auch die Kernenergie. Sie garantiert nicht nur eine preiswerte Grundlast, sondern ist auch tätiger Klimaschutz. Für erneuerbare Energieformen wie Windkraft oder Biomasse verbietet sich eine Übersubventionierung zu Lasten der Stromkunden.

Unsere Energiepreise mit Steuern und Abgaben von mehr als 41 Prozent zu belasten, ist ein schweres Handicap für die deutsche Industrie. Energiepolitik wieder ins Zentrum der Standortpolitik zu rücken, erfordert

- einen intensiveren Wettbewerbs auf den Strom- und Gasmärkten,
- den Abbau mehrfacher Abgabenbelastungen nach Einführung des Emissionshandels,
- eine stärker befristete Anschubfinanzierung erneuerbarer Energien,
- einen technologieoffenen Energiemix, der die Kernenergie einschließt, wobei die Energieforschung eine größere Rolle spielen muss.

8. Bildung braucht Freiräume

Im Kampf um die besten Köpfe ist Deutschland zurückgefallen. Bildung ist der wichtigste Rohstoff, ein unerschöpflicher zumal. Wir müssen uns wieder zu unseren Eliten bekennen, damit sie nicht abwandern. Um das Bildungssystem wettbewerbsfähig zu machen, brauchen die Hochschulen die Freiheit, ihre akademischen Lehrer und ihre Studenten selbst auszuwählen. Professoren sind nach Leistung statt nach Beamtenrecht zu bezahlen. Studiengebühren fördern den Wettbewerb und damit den Bildungsstandort Deutschland. Zur universitären Freiheit gehört die Kooperation mit der Industrie. Bildung, Forschung und Innovation sind der Schlüssel für künftigen Wohlstand.

Die Abwanderung von 90.000 hochqualifizierten, meist jungen deutschen Leistungsträgern („Brain Drain“) ins Ausland ist umzukehren. Dieses Land sollte zudem mehr Studenten und Studentinnen für die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer begeistern. Der Wirtschaftsrat fordert dazu vier Grundfreiheiten für unser Bildungssystem ein :

- Die Zwangsbewirtschaftung der Hochschulen und Universitäten muss dringend einer neuen akademischen Freiheit weichen, damit sie Professoren und Dozenten selbst aussuchen und leistungsorientiert bezahlen können;
- Die Hochschulen müssen das Recht zu eigenen Aufnahmeprüfungen erhalten. In diesem autonomen System sind andererseits die Studierenden die Kunden, die zwischen Bildungsangeboten frei wählen können;
- Erweiterte Kompetenzen bei Drittmittelwerbung und Industriekooperationen stärken die Autonomie und Leistungsfähigkeit der Hochschulen.
- Studiengebühren von 500 Euro pro Semester sind nötig, aber im internationalen Vergleich nur ein erster Schritt. Wettbewerb unter den Hochschulen setzt nur ein, wenn sich der Staat bei kreditfinanzierten Studiengebühren heraushält;

9. Mitbestimmung verschlanken

Mit der deutschen Form der Mitbestimmung haben wir uns international isoliert. Die für Gewerkschaftsfunktionäre reservierten Listenplätze in Aufsichtsräten sind abzuschaffen. Eine betriebsnahe ist stets der betriebsfremden Mitbestimmung vorzuziehen. Das Betriebsverfassungsgesetz muss betriebliche Vereinbarungen ermöglichen und die Betriebsräte verkleinern, um Entscheidungsprozesse zu beschleunigen. Der Kodex über verantwortungsvolle Unternehmensführung (Corporate Governance) sollte auf Selbstverpflichtung und Eigenverantwortung setzen statt auf Bürokratie und Sanktionen.

Beim Wettbewerb um die beste Corporate Governance setzen die USA mit dem Sarbanes-Oxley-Act auf ein zum Teil überbürokratisiertes Kontroll- und Sanktionssystem. Deutschland und Europa sollten dieser negativen Erfahrung nicht folgen, sondern auf Selbstverpflichtung und Eigenverantwortung als Kernelemente des „Comply or explain“ der europäischen Unternehmensverfassung setzen. Für eine wettbewerbsfähige Unternehmensverfassung in Deutschland fordert der Wirtschaftsrat:

- Mehr Unabhängigkeit, höhere Effizienz und Transparenz der Unternehmenskontrolle in den Aufsichtsräten, damit offene Strategie- und Personaldiskussionen wieder möglich werden;
- die Rückführung der paritätischen Unternehmensmitbestimmung, gekoppelt mit der Option für eine Drittelbeteiligung;
- ein generelles Wahlrecht für ein monistisches Board-System anstelle der gesetzlich vorgegebenen strikten Trennung zwischen Vorstand und Aufsichtsrat;
- die Abschaffung der reservierten Listenplätze für Gewerkschaftsfunktionäre; schließlich ist hierzulande nicht einmal jeder vierte Arbeitnehmer Gewerkschaftsmitglied;
- eine flexible Betriebsverfassung mit der Möglichkeit für Vereinbarungslösungen, verkleinerten Betriebsräten und beschleunigten Mitbestimmungsverfahren im Sinne einer Partnerschaft.

10. Europa: Vertiefung vor Erweiterung

Die Europäische Union steckt in einer tiefen Krise, weil eine abgehobene Politik es versäumt hat, die Bürger auf den schwierigen Integrationsprozess mitzunehmen. Die EU hat jetzt die historische Chance, sich neu zu definieren. Maßlose Überregulierung durch Brüsseler Verwaltungsakte stößt die Menschen ab und entmündigt sie. Das selbstgewählte Prinzip der Subsidiarität geriet unter die Räder einer zentralistischen und demokratisch zweifelhaft legitimierten Bürokratie. Eine EU-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien, gar um die Türkei, ist nicht vorrangig. Die Wiederbelebung des Subsidiaritätsprinzips und die Vollendung eines liberalen Binnenmarktes gehen den zentralistischen Machtphantasien in Brüssel vor. Die EU braucht nicht mehr Geld – ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts genügen vollauf -, sondern sie muss wieder die alte Bürgerbegeisterung für Freiheit, Frieden und Selbstverantwortung auf diesem „alten“ Kontinent wecken. Die Europäische Union benötigt ein wirtschaftlich starkes Deutschland – und umgekehrt.

Franzosen und Niederländer haben den Entwurf zu einer EU-Verfassung eindrucksvoll verworfen. Darin liegt die Chance, Weg und Ziel der europäischen Integration neu zu definieren und sich auf die Kernaufgaben der EU zu besinnen. Die Vorgaben des Wirtschaftsrates lauten:

- Die auf 25 Mitglieder vergrößerte Union sollte ihre Institutionen verschlanken, Demokratie und Liberalismus zum Durchbruch verhelfen, die Völker integrieren statt gegen ihren Willen eine forcierte Erweiterung zu erzwingen.
- Das Subsidiaritätsprinzip sollte von den Festreden in die Realität wechseln, die Eurokratie muss ihren Wildwuchs beherrscht ausdünnen.
- Den Binnenmarkt vollenden bedeutet auch Liberalisierung aller Finanz- und sonstigen Dienstleistungen, der netzgebundenen Industrien und bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen.
- Die EU braucht nicht mehr Geld, sondern mehr Demokratie und Marktwirtschaft. Ihre Finanzen sind auf ein Prozent des BIP zu begrenzen, ihre Förderpolitik in Richtung Transparenz zu reformieren, wobei Investitionen in Wissen, Forschung und Innovation Vorrang genießen.

Die Idee der europäischen Einigung ist ein kostbares Erbe des letzten Jahrhunderts. Eine führungslose und handlungsschwache Politik darf es nicht verschleudern. Mutige deutsche Reformerfolge machen nicht nur das eigene Land wieder stark, sondern auch die Europäische Union.